

STATEMENT

Anlässlich der geplanten Reform des EU-Stabilitätspaktes erklärt der Präsident des Wirtschaftsrates der CDU, Kurt J. Lauk:

„Mit weichen Strafen gibt es keinen harten Euro“

„Die EU ist auf dem besten Weg bei der dringend notwendigen Anschärfung des Stabilitätspakts historisch zu scheitern. Noch vor wenigen Monaten haben die EU-Staaten unter dem Eindruck der Griechenland-Krise eifrig Besserungsschwüre abgeliefert: Konsequente und glaubwürdige Strafen sollten das Kernstück eines neuen, wirkungsvollen Regelwerks sein. Doch nach den jüngsten Kompromissen droht der angekündigte Stabilitätshammer zum harmlosen Wattestäbchen zu werden,“ warnt Prof. Lauk.

Auch künftig sollen Sanktionen nur verhängt werden, wenn hierfür eine qualifizierte Mehrheit im EU-Rat zustande kommt. Damit bliebe das Herzstück der Reformen, die Automatisierung von Strafen bei Defizitverstößen auf der Strecke. „Diese homöopathischen Maßnahmen sind zu schwach, um Europa auf den Stabilitätspfad zurückzubringen. Die bisherige Praxis hat versagt: Alleine gegen das Defizitkriterium wurde mehr als 40 Mal verstoßen, ohne dass je Sanktionen ausgesprochen wurden! Strafen dürfen nicht länger Verhandlungsmasse im EU-Rat sein. Es ist höchste Zeit, dass wir die Mechanismen des Stabilitätspaktes anschärfen und die Anwendung entpolitisieren,“ fordert Prof. Lauk.

Auch das Einlenken von Frankreichs Präsident Sarkozy, seinen Widerstand gegen eine Änderung des EU-Vertrages als Gegenleistung auf den Verzicht automatischer Sanktionen aufzugeben, ist nur ein schwacher Trost. „Bundeskanzlerin Merkel hat recht, wenn Sie auf eine Änderung der EU-Verträge besteht. Nur so können wir einen wirksamen Krisenmechanismus in Europa installieren. Dauerhaft darf verfehlte Fiskalpolitik weder von der EZB durch den Ankauf von Staatsanleihen alimentiert, noch durch einen steuerfinanzierten Rettungsfonds abgesichert werden. Auch der notwendige Stimmrechtsentzug für Haushaltssünder lässt sich nur durch eine Vertragsänderung erreichen. Aber die Querelen um den Lissabonner-Vertrag haben uns gezeigt, wie schwierig eine Änderung des EU-Vertragswerkes ist. Auch jetzt müssten wieder alle nationalen Parlamente und diverse Volksentscheide die Neuerungen absegnen. Dieser Prozess dauert wohlmöglich zu lange für den Euro!“

Umso mehr kommt es in der jetzigen Situation darauf an, die erforderlichen Elemente zu trennen: „Wir brauchen einerseits Maßnahmen zur kurzfristigen Krisenbewältigung und Kurskorrektur und andererseits Konzepte zur dauerhaften Stabilitätssicherung. Vor allem brauchen wir aber einen glaubhaften Mentalitäts- und Paradigmenwechsel. Sozialausgleich durch Neuverschuldung, diese hochexplosive Formel hat in den letzten Jahrzehnten die Staatsausgaben in fast allen westlichen Ländern außer Kontrolle gebracht. Nun kracht der Schuldenturm über uns zusammen. Wir müssen endlich erkennen: Soziale Wohltaten lassen sich nicht dauerhaft mit neuen Schulden finanzieren!“

Berlin, 22. Oktober 2010